



4. 9

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VII/30 - 5.2.1952

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 376 54-59
Fernschreiber 039 890

Wehrdebatte - <u>nicht Saardebatte</u>	S. 1
Die neue Lage in <u>Ägypten</u>	S. 3
Nochmals: Bundesrat und <u>Schuman-Plan</u>	S. 4
Europäisierung des <u>Saargebietes</u> ?	S. 6

Vor zwei heißen Tagen

(sp) Der Donnerstag und der Freitag werden eine der wichtigsten und interessantesten Aussprachen bringen, die bisher im Bundestag stattgefunden haben, die über einen möglichen deutschen Verteidigungsbeitrag. Zwar wird nichts entschieden werden, es sei denn, daß die Regierung den Versuch macht, ohne vorherige Ankündigung einen Antrag einzubringen, um über ihre Politik, wie sie vom Kanzler dargelegt werden wird, abstimmen zu lassen. Ganz gewiß würde sich aber gegen diese Überraschungsmethode eine Opposition zur Wehr setzen, die weit über die Kreise der SPD hinaus geht und, da es sich um die Frage der deutschen Remilitarisierung handelt, würde diese Mehrheit in der Bevölkerung wiederum ungleich größer sein, als sie in dem 1949 gewählten Bundestag zum Ausdruck käme. Gegen die geäußerte Vermutung spricht zunächst freilich, daß der Kanzler beabsichtigen soll, keine Regierungserklärung abzugeben, sondern lediglich in eigener Darstellung einen Überblick über die politische Situation zu geben. Das kann nichts anderes heißen, als daß er in diesem Falle für sich und nicht im offiziellen Auftrag für die Regierung in ihrer Gesamtheit spricht.

Man kann wohl annehmen, daß der Kanzler die Saarfrage sehr stark in den Vordergrund stellen wird. Sein Protest mag in der Sache angebracht sein. Er verliert aber dadurch entscheidend an Gewicht und Überzeugungskraft, daß er am Schluß einer verfehlten Politik steht, und der Klage über das Eintreten von Ereignissen

gleich, die man selbst mit verschuldet hat. Wenn der Bundeskanzler am Donnerstag aber dahin taktieren sollte, das Schwergewicht seiner Ausführungen allzu einseitig auf diese Protestaktion zu legen, um damit vom Hauptthema, dem von ihm und seiner Regierung angestrebten deutschen Verteidigungsbeitrag abzulenken, so wird ihm die Sozialdemokratie auf diesem Wege nicht folgen. Der Kernpunkt dieser Aussprache wird die Klärung der Frage sein, mit welchem Recht die Bundesregierung sich, soweit wie das geschehen ist, engagiert hat, ohne daß sie es für nötig hielt, rechtzeitig die deutsche Öffentlichkeit und vor allem die legitime Vertretung des deutschen Volkes, das Parlament, zu unterrichten.

Regierung und Opposition werden also zum ersten Male Gelegenheit haben, in geschlossener Darstellung vor dem breitesten Forum, das es in der Bundesrepublik gibt, ihren Standpunkt in dieser lebenswichtigen deutschen Angelegenheit zu vertreten. Für die Sozialdemokratie bedurfte es nicht der Ereignisse an der Saar, um zu dem unter den gegebenen politischen Voraussetzungen wohlbegründeten Nein zu kommen. Ihre warnenden Voraussagen haben sich in den letzten Monaten soweit erfüllt, daß sie nur konsequent bei dem zu bleiben braucht, was sie stets als ihre Auffassung vertreten hat.

Wenn neuerdings die Regierung den Eindruck einer gewissen Härte gegenüber manchen politischen Manipulationen der Gegenseite, insbesondere der Franzosen, zu erwecken sucht, so kommt das sehr spät. Der absolute Ernst solcher Äußerungen wird angesichts der Erfahrungen der letzten zwei Jahre in weitesten Kreisen der Bevölkerung ebenso in Zweifel gezogen, wie die Standhaftigkeit gegenüber Versuchen der Gegenseite, auf Umwegen und mit kleinen Konzessionen doch zum erwünschten Ziel zu kommen, mit Konzessionen, die in den Darstellungen der Regierung dann als große Erfolge gefeiert werden dürften. Gerade bei der Aussprache am Donnerstag / Freitag wird man sich daher mit einer gewissen Skepsis gegenüber großen Worten auf der Regierungsseite wappnen und die Stimmerng daran frischhalten müssen, in welchem Verhältnis bei früheren Gelegenheiten Beteuerungen und feierliche Anrufe zu den politischen Handlungen der Regierung und ihren Ergebnissen gestanden haben.

Wendung in letzter Minute

f. Wenn nicht alle Zeichen trügen, wird der britisch-ägyptische Konflikt auf dem Verhandlungswege beigelegt werden. Diese überraschende Wendung wäre ohne den Sturz Nahas Paschas nicht möglich gewesen, jedenfalls nicht mehr seit den fürchterlichen Vorgängen in Ismailia. Was sich dort abgespielt hat, wurde und wird von britischer Seite mit militärischer Notwendigkeit begründet, von ägyptischer Seite als eine unerträgliche Herausforderung angesehen. Wie dem auch sei, die hohe Zahl der gefallenen ägyptischen Polizisten hatte die Lage so verschärft, daß ein Ausgleich praktisch unmöglich schien.

Die Unruhen von Kairo waren die Antwort auf Ismailia, ein von unkontrollierbaren Kräften geschürter Ausdruck wilder Empörung, die die Ausmaße einer Revolte annahm. Es ist und bleibt wohl lange noch ungeklärt, warum erst so spät Militär eingesetzt worden ist, obwohl sich sehr bald zeigte, daß die Polizei nicht mehr Herr der Lage war. Hat Nahas Pascha die Gefahr zu spät erkannt oder ist ihm der Einsatz des Militärs nicht rechtzeitig erlaubt worden? Wir kennen nur das Ergebnis: Den Sturz Nahas Paschas durch König Faruk, der ihn damit bereits zum dritten Male aus dem Premierministeramt entließ. Seitdem Faruk König ist, ist er auch Gegner Nahas Paschas gewesen. Dem Wafd, dessen Führer der jetzt Gestürzte seit dem Tode des großen Nationalisten Saad Zaghlul ist, und nicht dem Königshause verdankt Ägypten, was es seit dem Ende des ersten Weltkrieges an Selbstständigkeit gewonnen hat. Aber dem Wafd ist trotz seiner starken Stellung, seiner überwältigenden Wahlsiege und Parlamentsmehrheiten nie gelungen, die Rechte des Königs so zu begrenzen, daß die Einsetzung von ihm ausgewählter Kabinette ohne parlamentarische Basis unmöglich geworden wäre. Das ist Nahas Pascha nun wieder zum Verhängnis geworden.

Die Vorgänge in Kairo waren die große Chance Faruks, den ihn Verhassten zu stürzen, ohne dessen Ziel preiszugeben und ohne Gefahr für die Krone. Wenn auch noch ungeklärt ist, wie sich das Vorgehen Faruks auf die Dauer innenpolitisch auswirken wird, außenpolitisch

war es klug und der Zeitpunkt äußerst geschickt gewählt. Indem der König den Briten einen neuen Mann präsentierte, gab er ihnen zu verstehen, daß Ägypten keineswegs abgeneigt sei, den Kampf einzustellen, wenn England bereit sei, günstige Angebote zu machen. Nahas Pascha hat seine Schuldigkeit getan. Er hat den Kampf bis zu dem Zeitpunkt führen dürfen, an dem die Briten Wirkung zeigten. Es ist kaum zweifelhaft, daß London dem neuen Mann weit entgegenkommen wird, weiter jedenfalls, als es ohne den Kampf Nahas Paschas gegangen wäre, weil es nicht wünschen kann, daß die Unruhen wieder beginnen. Ein Mißerfolg Ali Mahers würde Zustände heraufbeschwören, gegen die alles Bisherige nur ein Vorspiel gewesen wäre. Dessen ist sich nicht London, sondern auch Washington sehr wohl bewußt.

+ + +

Fälscher-Methoden

R.D. Man hätte es mit Ruhe hinnehmen können, daß einzelne Journalisten die etwas schwierige Prozedur der gesetzgeberischen Behandlung des Montan-Vertrages im Bundesrat nicht ganz begriffen haben und mit falschen Berichten die Öffentlichkeit irreführten. Es kann aber nicht mehr hingenommen werden, wenn nun der größte Teil der deutschen Presse, und besonders der Rundfunk, diese Falschmeldung nicht nur ständig verbreiten und Kommentare mit eindeutiger Zweckbestimmung daran knüpfen. Man merkt die Absicht - einen Gegensatz zwischen der Entscheidung des Bundesrates und des Bundestages einerseits und zwischen dem Standpunkt der Sozialdemokraten in diesen beiden Gremien andererseits zu konstruieren. Das gewollte "Mißverständnis" geht sogar so weit, daß die CDU dem Ministerpräsidenten Nordrhein-Westfalens, Karl Arnold, ausdrücklich Dank dafür ausspricht, daß er sich um die "einstimmige Annahme" des Schuman-Plans im Bundesrat besonders verdient gemacht habe. Noch weiter gehen Vermutungen einiger Kommentatoren, die in diesem konstruierten Gegensatz sogar eine Wende der sozialdemokratischen Politik entdecken wollen.

Im Hintergrund der ganzen Aktion steht anscheinend die Absicht, im Hinblick auf die bevorstehende Wahldebatte im Bundestag Unsicherheit und Resignation in die deutsche Bevölkerung zu tragen, die annehmen soll: Mag man im Bundestag auch noch so heftig diskutieren, mögen die Sozialdemokraten sogar dagegen sein, am Ende entgegen wir

doch nicht unserem Schicksal, denn im Bundesrat werden sogar die Sozialdemokraten ihre Zustimmung nicht verlagern.

Was war aber wirklich? Der Bundesrat hat dem Montan-Vertrag nicht zugestimmt. Er hat im Gegenteil zum Schuman-Plan in einer Acht-Punkte-Erklärung wesentlich schärfere Bedenken geäußert, als der Bundestag. Dem Bundesrat lag lediglich das Ratifizierungs-Gesetz zum Schuman-Plan-Vertrag vor, das keiner "Zustimmung" bedurfte. Die Abstimmung im Bundesrat ging nur darum, ob dieses Ratifizierungs-Gesetz noch dem Vermittlungs-Ausschuß überwiesen werden sollte. Diese Überweisung, die nur eine kurzfristige Verzögerung verursacht, aber nichts am Inhalt des Gesetzes geändert hätte, hat der Bundesrat nicht mehr für nötig gehalten. Er hat es daher "passieren" lassen. Das ist der allerdings etwas komplizierte Tatbestand, der ursprünglich vielleicht nur mißverstanden wurde, jetzt aber gewissen Politikern und Publikationsorganen zur absichtlichen Irreführung der Bevölkerung dient.

Es mag sein, daß die Regierungskoalition, insbesondere nach den Vorfällen an der Saar und der sauren Reaktion der französischen Diplomatie auf die deutschen Proteste, die alleinige Verantwortung für die Annahme eines Vertrages, in dem wir nach wie vor nicht gleichberechtigt sind, nicht mehr tragen mag und im Hinblick auf kommende Wahlen auch die Opposition mitbelasten möchte. Es mag auch sein, daß man der Opposition, die der Regierungskoalition die Aktivlegitimation für solche lebenswichtigen Entscheidungen, wie es der Montan-Vertrag und der Wehrbeitrag sind, abspricht, und die deshalb Neuwahlen fordert, die Begründung für diese Forderung aus der Hand schlagen möchte, indem man sie mitbelastet. Es gibt noch viele ähnliche Gründe und sie alle mögen bei dieser Verfälschung Platz stehen.

Aber so viel ist sicher: Auch diese Methode schlägt auf ihre Erfinder zurück. Die Sozialdemokratie ist weder gewillt, die Koalitionsparteien und die Regierung aus ihrer Verantwortung zu entlassen, noch ist sie gewillt, diese Verantwortung mitzutragen. Wir verlangen aber "fair play", sind jedoch auch bereit, in der gleichen Art zu antworten, wenn man uns das nicht gewährt.

Dieser Weg führt nicht nach Europa !

Zu den in der internationalen Presse wiederholt gemachten Vorschlägen, das Saargebiet zu neutralisieren, äußerte sich der Vizepräsident des Bundestages, Prof. Carlo Schmid, in einem längeren Artikel, dem wir u.a. folgendes entnehmen:

Immer, wenn man nicht weiter weiß, immer, wenn man sich vor echten Entscheidungen und Lösungen drücken will, ruft man den Namen Europas an... Man bringt diesmal dafür folgendes Argument vor: Saarbrücken soll zum Sitz der Hohen Behörde der Montan-Union gemacht werden. Genau so, wie man in Amerika die Hauptstadt der Vereinigten Staaten nicht in einen Bundesstaat, sondern in einen bundeseigenen Distrikt gelegt habe, genau so könne man das Gebiet, in dem die europäische Montanbehörde ihren Sitz hat, zu einer Art von europäischem Bundesdistrikt machen. Dann wäre dieses Gebiet weder französisch noch deutsch, sondern es wäre eben dann europäisch.

Nun, die Analogie zwischen Saarbrücken und Washington ist reichlich fragwürdig. Als man vor 160 Jahren den Distrikt absteckte, in dem die Hauptstadt der Vereinigten Staaten liegen sollte, war dieses Gebiet unbewohntes Land. Das Saargebiet aber ist ein Land mit einer Geschichte und ein Land, auf dessen Kohle ein Nachbar Deutschlands, nämlich Frankreich, gegen alles Völkerrecht die Hand gelegt hat !

Was würde man in Frankreich im übrigen zu folgendem Argument meinen: In Straßburg sitzt der Europarat; der Europarat ist die höchste europäische Behörde - machen wir es wie die Amerikaner - und erklären wir Straßburg zum europäischen Bundesdistrikt ! Wenn die Argumentation für die Europäisierung des Saargebiets schlüssig ist, muß sie es auch für Straßburg sein ... Wenn man nun den Amerikanern, die sich für die Lösung "Europäisierung des Saargebiets" sehr zu interessieren scheinen, das sagt, pflegt man von ihnen die Antwort zu bekommen: Ja, das sei ganz richtig, aber das könne man keinem französischen Parlament zumuten. Offenbar sind sie der Meinung, daß man einem deutschen Parlament, und damit dem deutschen Volk, alles zumuten kann ...

Eine Europäisierung des Saargebiets im Sinne der Schaffung einer Art von europäischem Bundesdistrikt, wäre für mich völlig diskutabel, wenn beide Nachbarn - die Deutschen und die Franzosen - Stücke ihres Staatsgebietes in diesen europäischen Bundesdistrikt einbringen würden. Aber, daß dabei nur einer zu geben und zu verzichten hat, das geht nicht an - das geht vor allem nicht an, wenn - wie es geplant zu sein scheint - Frankreich in diesem "europäischen" Gebiet alle Rechte behalten soll, die ihm die Saarkonventionen der Regierung Hoffmann verschafft haben - also die Wirtschaftsunion und die dadurch erreichte Vorzugsstellung innerhalb des Schuman-Plans; also das Ausbeutungsrecht an den Gruben des Saargebiets, die Deutschland gehören; also das Recht an den Eisenbahnen usw. Unter solchen Umständen würde ein europäischer Status des Saargebietes sehr viel weniger dem eines amerikanischen Bundesdistrikts gleichen, als dem der einstigen sogenannten Freien Stadt Danzig, die ja auch einmal einer Art von Europaersatz, nämlich dem Völkerbund, unterstellt worden ist ... Was daraus entstand, wissen wir zu unserem Leidwesen alle.

Sich auf eine solche Pseudolösung einzulassen, wäre nichts anderes, als sich blind zum Gegenstand einer Roßtäuscherei machen zu lassen. - Es sag sein, daß die Amerikaner in einer solchen Maskerade einen Ausweg sehen, und sie werden uns vielleicht sehr energisch zureden, uns auf diesen Weg zu begeben. Sie sollten sich ihre Mühe sparen, denn kein Deutscher, dem Europa nicht nur ein Wort ist, das man erpreßt, um der Notwendigkeit entgehen zu werden, das politisch Notwendige zu tun, wird ihnen folgen: Denn was aus uneuropäischem Denken geboren, wird nie nach Europa führen !